

“Die EU wird ihre Struktur grundlegend überdenken müssen“

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein für das Staatsfeiertags-Magazin 2016
des Liechtensteiner Volksblattes

Interview: Doris Quaderer und Daniela Fritz; Fotos: Michael Zanghellini

Erscheinungsdatum: 11. August 2016

Durchlaucht, wir stellen in einer Sommerserie Feierabendwanderungen vor. Gibt es eine Wanderung, die Sie gerne abends noch unter die Füße nehmen?

Ab und zu wandere ich am Abend gerne zum Schlossweiher am Langacker oberhalb vom Schwefel.

Wenn man dann von oben Liechtenstein betrachtet, dann sieht man, dass sehr viel gebaut worden ist in den letzten Jahren, viele Dörfer sind bereits miteinander verschmolzen. Dennoch ist es für Familien schwierig, erschwinglichen Wohnraum zu finden. Wäre hier die Politik gefordert?

Meiner Meinung nach sollte die Politik grundsätzlich so wenig wie möglich in den Wohnmarkt eingreifen – auch was für Familien erschwingliche Wohnungen betrifft. Sie sollte erst dann eingreifen, wenn ein echtes Marktversagen vorliegt. Ausserdem stehen momentan viele ältere Büroräume, die häufig auch als Wohnungen konzipiert worden sind, leer. Ich würde mir wünschen, dass diese vermehrt Familien angeboten werden.

Auch in den Industriegebieten ist stark gebaut worden. Wenn man beispielsweise ein paar Jahre nicht in Ruggell war, dann kennt man sich in dem Industriegebiet gar nicht mehr aus. Aber auch hier stehen viele Gewerbeflächen leer, besteht die Gefahr einer Blase?

Das ist schwer zu sagen. Aber wenn ich mich richtig erinnere, hat die FMA unlängst eine Studie in Auftrag gegeben, die ebendies untersucht hat. In der Studie kamen die Experten zum Schluss, dass derzeit noch keine Gefahr für eine Blase besteht.

Es werden pro Jahr mehrere hundert Arbeitsplätze geschaffen in Liechtenstein, allerdings haben viele Betriebe Mühe, diese Stellen dann auch zu besetzen. Müsste Liechtenstein die Zuwanderungspolitik überdenken, um es für Fachkräfte attraktiver zu machen?

Ich glaube nicht, dass eine Öffnung der Zuwanderung das Problem – vor allem, was die Fachkräfte angeht – wirklich beseitigen wird. Einerseits müssten wir eine EWR-konforme Öffnung voraussichtlich so gestalten, dass wir die Grenzen generell öffnen müssen und die Zuwanderung nicht nur auf Fachkräfte beschränken könnten. Zweitens lässt sich beobachten, dass auch Nachbarstaaten wie die Schweiz, die eine generelle Zuwanderung aus dem EWR kennen, unter einem Fachkräftemangel leiden. Drittens glaube ich auch, dass die Akzeptanz unter der Bevölkerung für eine generelle Öffnung nicht gegeben wäre. Daher sollten wir meiner Ansicht nach eher bei der Ausbildung der bestehenden wie auch künftigen Arbeitskräfte ansetzen, und diese möglichst im Sinne der fehlenden Fachkräfte ausbilden. Ausserdem sollten wir überlegen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden könnte, um vor allem die weiblichen Fachkräfte möglichst im Arbeitsleben zu halten.

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht ja die Initiative „Familie und Beruf“ der Wirtschaftskammer zur Volksabstimmung, wie stehen Sie dazu?

Grundsätzlich begrüße ich es sehr, wenn sich die Wirtschaft so intensiv der Vereinbarkeit von Familie und Beruf widmet. Ich halte es auch für sinnvoll, zu überlegen, wie die Mittel der FAK in diesem Sinne besser genutzt werden können. Es ist durchaus berechtigt, dass die Wirtschaft sich darüber Gedanken macht, nachdem sie einen grossen Teil dieser Mittel beiträgt. Der Sozialversicherungsbereich ist allerdings ein sehr komplizierter Bereich und ich fürchte, dass die Initiative nicht in sämtlicher Hinsicht durchdacht ist. Sie behandelt ausserdem nur einen Teilaspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher glaube ich, dass sich Wirtschaft und Politik – unabhängig vom Ergebnis der Volksabstimmung - in nächster Zeit noch anderen Aspekten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt widmen sollten.

Welche Aspekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf schweben Ihnen da noch vor?

Weitere Aspekte sehe ich vor allem im Bereich der Arbeitszeitmodelle: Attraktiv sind Arbeitsplätze für Eltern z.B. dann, wenn sie ihre Arbeitszeit möglichst selbst steuern können, wenn sie nach der Geburt eines Kindes ohne Nachteile für die Karriere Elternurlaub und Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen können oder wenn Meetings nicht frühmorgens oder abends stattfinden. Mir ist klar, dass diese sogenannte Zeitsouveränität für Mitarbeiter je nach Betrieb nur in Grenzen möglich ist. Doch gerade angesichts einer auch demographisch bedingten Zunahme des Fachkräftemangels in Europa werden sich die Unternehmen zum Gewinnen und Halten von Fachkräften Gedanken machen, wie die Arbeit organisiert werden kann, damit Familie und Beruf möglichst leicht zu vereinen sind. Auch auf staatlicher Seite könnte man versuchen, im Schulbereich möglichst gleichmässige Blockzeiten einzuführen und die Schulzeiten enger mit dem Freizeitangebot der Musikschule und den Vereinen abzustimmen, sodass die Eltern im Idealfall ihre Kinder auch im Pflichtschulalter möglichst täglich während einer längeren Zeit gut betreut wissen.

Andererseits gibt es auch Mütter und Väter, die zugunsten der Kinder auf Berufstätigkeit verzichten und sich durch die Kita-Finanzierung ungerecht behandelt fühlen. Müssten diese nicht auch entschädigt werden?

Wenn wir jegliche bisher unentgeltliche Tätigkeit in Zukunft staatlich entschädigen wollen, werden wir unsern Staat nicht mehr finanzieren können. Daher sehe ich kaum Möglichkeiten, jene Frauen und Männer zu entschädigen, welche zugunsten der Kinder auf ihre Berufstätigkeit verzichten. Dies kann man natürlich als eine Ungerechtigkeit gegenüber jenen finden, die sich für ein zusätzliches Einkommen entscheiden und dafür auch noch Kita-Subventionen erhalten. Meiner Ansicht nach sollten daher Kitas grundsätzlich auch nicht durch den Staat sondern primär durch die Eltern und die Unternehmen, die ein Interesse an der Arbeitskraft haben, finanziert werden. Der Staat sollte eigentlich nur dort eingreifen, wo Familien auf die Einkommen beider Elternteile angewiesen sind. Allerdings sehe ich diese Staatsaufgabe nicht beim Land sondern bei den Gemeinden, weil diese ja ohnehin vielfach die Räumlichkeiten für Kitas zur Verfügung stellen. Auch bei Staatsaufgaben ist es besser, wenn Verantwortungen nicht geteilt, sondern möglichst klar nur einer Stelle zugewiesen werden.

Sie haben vorher angesprochen, dass Bildung der Schlüssel gegen den Fachkräftemangel ist. Werden die Kinder in unserem Schulsystem genügend auf die Herausforderungen, welche die Digitalisierung mit sich bringen wird, vorbereitet?

Es gibt im Hinblick auf die digitalen Herausforderungen sicherlich Verbesserungsmöglichkeiten. Meiner Ansicht nach könnte es sinnvoll sein, in Zukunft möglichst vielen Kindern ein Grundverständnis von Programmierung zu vermitteln.

Welche Reformen könnten Sie sich noch im Bildungssystem vorstellen?

Meiner Meinung nach benötigen wir mehr Autonomie für die Schulen mit mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulleitungen und die Lehrkräfte, eine freie Wahl der Schulen, eine Schulfinanzierung, bei der das Geld primär den Schülern folgt und ein Schulamt, das primär für gute Informationen über die Qualität der Schulen sorgt sowie die Qualität der Schulen kontrolliert und eigentlich nur dort in den Schulbetrieb interveniert, wo das wirklich nötig ist.

Sie haben vorhin in Richtung Tagesschule plädiert. Wäre das für Sie ein gangbarer Weg?

Hätten wir ein Bildungssystem, wie soeben beschrieben, würden Tagesschulen oder betreute Mittagstische bei entsprechender Nachfrage sicherlich rasch eingeführt.

Vom Bildungswesen zu Reformen, die schon umgesetzt worden sind. AHV, BPVG auch das KVG wurden reformiert. Sind Sie zufrieden damit?

Ja. Wir haben wichtige Schritte, die in anderen Staaten bis jetzt kaum erfolgreich angegangen werden konnten, umgesetzt und damit unseren Staat für die nächsten Jahre gut aufgestellt. Obwohl die demographische Entwicklung auch in Liechtenstein weiterhin eine Herausforderung bleiben wird, können wir so in den kommenden Jahren weitere Schritte leichter angehen bzw. werden uns weniger schwer tun als andere Staaten.

Jetzt kam aus der Bevölkerung ja auch die Klage, dass auf dem Buckel der Armen und Alten gespart wird. Die Freie Liste hat daher eine einfache Initiative eingereicht mit dem Ziel, erwerbsabhängige Krankenkassenprämien einzuführen. Denken Sie, diese Rechnung geht auf?

Nein, ich fürchte, dass mit einem solchen Ansatz letzten Endes fast alle eine höhere Rechnung bezahlen werden. Nicht zuletzt auch, weil wichtige Anreizverbesserungen der jüngsten KVG-Reform wieder beseitigt werden würden.

Ein heisses Eisen, das ihr Vater im Neujahrsinterview mit Radio L angefasst hat, war das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. Er hat sich dahingehend ablehnend geäußert. Das hat dann doch für einige Schlagzeilen gesorgt. Wie stehen Sie dazu?

Meiner Ansicht nach verlangt das Adoptionsrecht bei uns zu Recht gewisse Voraussetzungen zum Wohle des Kindes. So gibt es zum Beispiel Vorgaben, was den Leumund oder das Mindest- und auch Höchstalter der Eltern betrifft. Bei der Adoption von Kindern ist es meiner Ansicht nach auch im Sinne des Kindes richtig, dass möglichst sichergestellt wird, dass ein Kind sowohl Mutter als auch Vater erhält.

Wäre die Stiefkindadoption zumindest ein Schritt, den man gehen könnte?

Die Stiefkindadoption muss man aus Sicht des Kindeswohls sicher anders betrachten.

Also sollten Homosexuelle zwar keine fremden Kinder, aber zumindest Stiefkinder adoptieren dürfen?

Wenn ein Kind, das bereits mit der adoptierenden Person in demselben Haushalt lebt, durch die Adoption als Stiefkind eine zusätzliche Sicherheit erhält, kann eine Stiefkindadoption für das Kindeswohl sinnvoll sein.

Durch die Digitalisierung ist die gesamte Weltwirtschaft in einem Wandel. Auch die Bankenbranche wird voraussichtlich in den nächsten Jahren kräftig aufgemischt. Die Fürstenfamilie ist ja auch unternehmerisch tätig. Auch Sie müssen sich Gedanken darüber machen, wie sie die hauseigenen Unternehmen fit für die Zukunft trimmen sollen. Was ist Ihr Rezept?

Auch die Finanzdienstleister müssen sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung befassen, damit sie für die Branche kritische Entwicklungen nicht verschlafen. Sie sollten genau verfolgen, welche Geschäftsmodelle und Start-ups in den verschiedensten Bereichen der Wertschöpfungskette der Finanzdienstleister entstehen, und sich überlegen, ob das für das etablierte Unternehmen Änderungen bedingt. Gut geführte Unternehmen sollten sich ständig neu hinterfragen und ausserdem im Unternehmen eine möglichst innovationsfreundliche Umgebung schaffen.

Internet-Start-ups machen Banken und Sparkassen Konkurrenz und entwickeln digitale Lösungen beispielsweise für den Transfer von Geld und die Kontoverwaltung. Ausserdem haben die Banken mit einem „Regulierungs-Tsunami“ zu kämpfen, wie es LGT Liechtenstein CEO Norbert Biedermann vor einiger Zeit in einem Interview ausführte. Wird man in Zukunft mit Banken noch Geld verdienen können?

Banken wird es auch noch in Zukunft brauchen, auch wenn sie sich vielleicht im Zuge der digitalen Entwicklung ganz anders organisieren werden. Schwierig wird es allerdings für Banken, die nicht die kritische Grösse haben oder kritische Entwicklungen – seien diese nun digitaler oder anderer Natur – verschlafen.

Wenn Sie die LGT anschauen, bekommen Sie also kein Bauchweh?

Die digitale Entwicklung erfasst nicht nur die Finanzbranche, sondern alle Branchen weltweit. Das Fürstenhaus ist zum Beispiel auch seit Jahrhunderten in der Landwirtschaft tätig und diese wird von digitalen Entwicklungen auch grundlegend erfasst. Es gibt immer wieder technologische Entwicklungen, die für Unternehmen kritisch werden können. Daher dürfen sie diese nicht verschlafen.

Gibt es ein Start-up, das Sie gerne kaufen oder gründen würden?

Ich hege keine Pläne ein Start-up zu gründen oder zu kaufen. Um in Start-up-Unternehmen zu investieren, würde ich auch nicht einfach das erstbeste kaufen. Es ist besser mit Experten, nach einem disziplinierten Investmentprozess in mehrere Start-up-Unternehmen zu investieren, weil erfahrungsgemäss nur wenige erfolgreich sein werden und es selbst für Experten sehr schwierig ist, die die Start-up-Unternehmen richtig zu beurteilen.

Einer dieser Experten ist Frank Thelen, der ja schon mehrfach im Land war. Der Regierungschef ist bestrebt, in Liechtenstein einen möglichst guten Nährboden für Start-ups zu schaffen. Die globale Konkurrenz ist jedoch hart. Denken Sie, dass sich Liechtenstein in dem Bereich irgendwie einen Namen machen kann?

In Liechtenstein werden aufgrund der Grösse und des beschränkten Arbeitsmarktes immer nur eine beschränkte Zahl von Start-ups entstehen können. Aber Liechtenstein kann sich natürlich insofern einen Namen machen, indem sich das eine oder andere Start-up etabliert und der Staat wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen bietet. Ein guter Nährboden für Start-ups kommt ausserdem den etablierten Unternehmen und dem Wirtschaftsstandort insgesamt zugute.

Kann denn Innovation staatlich verordnet werden?

Der Staat kann für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sorgen, die Innovation muss aber von den Unternehmen selbst kommen. Bis zu einem gewissen Grad können staatliche Institutionen auch noch behilflich sein, dass Unternehmen mit innovativen Ideen und Persönlichkeiten zusammengebracht werden.

Sind wir da auf einem guten Weg?

Ich denke, dass wir grundsätzlich attraktive Rahmenbedingungen haben und gerade in den letzten ein bis zwei Jahren sehr viel getan wurde, um diese noch innovationsfreundlicher zu machen.

Wo ziehen Sie da die Grenze? Inwieweit sollte der Staat in die Wirtschaft eingreifen? Gerade am Beispiel der Post sieht man ja, dass der Staat als Unternehmer nicht immer ein glückliches Händchen hat.

Der Staat muss die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen und dort regulierend eingreifen, wo es wirklich nötig ist. Als Unternehmer sollte er grundsätzlich nur dort tätig werden, wo eine wichtige Aufgabe durch Private entweder gar nicht oder nicht so gut an gut als durch den Staat erbracht wird.

Nicht nur Liechtenstein muss sich neu erfinden, auch Europa ist stark im Wandel. Griechenlandkrise, Ukraine-Konflikt, Brexit, Migration - die EU steht vor grossen Herausforderungen. Wie sehen Sie die Entwicklungen in Europa?

Die EU steht vor ganz grossen Herausforderungen. Sie wird ihre Strukturen grundlegend überdenken müssen, wenn sie die Zukunft erfolgreich bewältigen möchte.

Ihr Vater hat letztes Jahr im „Volksblatt“-Staatsfeiertagsmagazin infrage gestellt, ob es denn die Europäische Union in 25 Jahren noch geben wird. Was denken Sie?

Wahrscheinlich wird es zwar in 25 Jahren noch eine EU geben. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass sie ganz anders aussehen wird als heute. Wie genau, ist aus heutiger Sicht schwer zu sagen.

Nicht nur die EU ist instabil, auch in den Nationalstaaten haben die etablierten Parteien derzeit Mühe. Populisten sind auf dem Vormarsch. Die AFD beispielsweise konnte in Deutschland in verschiedenen Bundesländern in den Landtag einziehen. Erkennen Sie solche Tendenzen auch in Liechtenstein?

Auch hierzulande tun sich die etablierten Parteien schwerer. Die zwei jüngeren Parteien nehmen ihnen Wählerstimmen weg. Im internationalen Vergleich sind die Parteiverhältnisse in Liechtenstein aber noch stabiler. Ausserdem gibt unsere Staatsform noch zusätzliche Stabilität.

Kann man im Kleinen auch in Liechtenstein erkennen, dass die Politik populistischer wird?

Die Politik ist sicher auch in Liechtenstein populistischer geworden.

Wagen Sie schon eine Prognose für die Wahlen?

Bis zum nächsten Frühjahr kann noch viel passieren. (lacht)

Angst vor Überfremdung spielt den populistischen Parteien in die Hände – wie könnte Europa besser mit der Flüchtlingsthematik umgehen?

Europa sollte sich auf eine gemeinsame Politik zur Flüchtlingsthematik und zur Immigration einigen, die die Ängste der Bevölkerung ernst nimmt. Zusammen mit der sonstigen Staatengemeinschaft sollte sich Europa ausserdem viel stärker in die Krisenherden vor Ort einbringen, damit dort Lösungen gefunden werden, dass es gar nicht zu diesen grossen Migrationsströmen nach Europa kommt.

In dieser Hinsicht ist Liechtenstein sehr aktiv. Sollte das Fürstentum umgekehrt mehr Asylsuchende aufnehmen?

Ich halte es für richtig, wenn wir solidarisch mit den anderen Schengen-Staaten unseren Anteil an Asylsuchenden aufnehmen. Natürlich würde man gerne noch mehr helfen. Aber heutzutage muss

man leider aufpassen, dass nicht durch falsche Signale Flüchtlingsströme ausgelöst werden, die man dann nicht mehr unter Kontrolle hat.

Viele Asylsuchende sind Moslems, das bereitet vielen Menschen Unbehagen. Können Sie das nachvollziehen?

Es ist generell schwierig, in einem kurzen Zeitraum eine grosse Anzahl von Flüchtlingen oder Migranten aufzunehmen - besonders, wenn dies unkontrolliert geschieht. Die Herausforderung wird noch grösser, wenn der kulturelle Unterschied sehr stark ist. Wenn dann noch ein von extremen Islamisten ausgehender Terrorismus hinzu kommt, ist es sehr verständlich, dass die Bevölkerung Angst hat.

Kann die Integration dennoch gelingen?

Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass diese Flüchtlinge selbst vor dem Terrorismus fliehen und genauso darunter leiden. Für eine erfolgreiche Integration sollten jene Flüchtlinge, die hierblieben dürfen, möglichst schnell die Sprache lernen und einen Arbeitsplatz finden. Je rascher sie ein normales Leben führen können, desto eher gelingt die Integration.

Auch in den USA nutzt Präsidentschaftskandidat Donald Trump die Angst vor Migration für seinen Wahlkampf. Inwiefern können Sie der Politik eines Donald Trump etwas abgewinnen?

Trump hat zwar Anliegen aufgenommen, die von der Politik in Washington über Jahre vernachlässigt wurden. Seinen Lösungsvorschlägen und seinem Wahlkampfstil kann ich jedoch nicht allzu viel abgewinnen.

Wie denken Sie wird die Wahl in den USA ausgehen?

Bis dahin kann noch viel passieren. Aus heutiger Sicht würde ich es als wahrscheinlicher erachten, dass Hillary Clinton gewinnt.

Wie stark wird der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl Ihrer Meinung Liechtenstein tangieren?

Ich glaube, man darf die Rolle des US-Präsidenten auch nicht überschätzen. In vielen Fragen ist er auf den Verwaltungsapparat angewiesen und benötigt die Zustimmung des Kongresses. Ausserdem ist die USA ein sehr dezentrales Land, wo viele Entscheide gar nicht in Washington getroffen werden. Insgesamt könnte ich mir aber vorstellen, dass eine Präsidentin Clinton für Europa vorteilhafter wäre.

Würde Trump die Welt noch mehr destabilisieren?

Es bestünde zumindest die Gefahr, da man doch den Eindruck gewinnt, dass Trump sehr emotional reagiert und kommuniziert. Wenn er sich nicht gut beraten lässt und diese Ratschläge auch befolgt, könnte dies zu Instabilitäten führen.

Kommen wir zum Abschluss wieder zurück nach Liechtenstein und drehen das Rad mal 30 Jahre voraus. Vielleicht sitzt dann Ihr Sohn hier zum Staatsfeiertagsinterview und Sie geniessen Ihren Ruhestand. Wie wird Liechtenstein dann aussehen?

30 Jahre sind ein langer Zeitraum. So lange in die Zukunft zu sehen, ist schwierig. Wir werden vermutlich an einem Punkt der demografischen Entwicklung angelangt sein, wo das Verhältnis zwischen Pensionisten und Erwerbstätigen besonders ungünstig ist. Dies könnte trotz weiterer Pensionsreformen eine grosse Herausforderung sein. Im Bereich der digitalen und auch sonstigen technologischen Entwicklung könnten sich ganz neue Fragestellungen ergeben haben, die grosse Chancen, aber auch grosse Herausforderungen für das Land bedeuten. Es werden auf jeden Fall sehr spannende Zeiten sein, da bin ich mir sicher.